

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reflektenzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wichtigsteinzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 297

Bad Schandau, Mittwoch, den 21. Dezember 1927

71. Jahrgang

Nachruf.

Am Sonntag, dem 18. ds. Mts., abends 1/2 12 Uhr ist infolge eines erlittenen Herzschlages

Herr Bürgermeister i. R.

Dr. jur. Richard Hellmut Voigt

plötzlich verschieden.

Ueber 21 Jahre hat der Entschlafene an der Spitze unseres Gemeinwesens gestanden.

Während seiner Amtstätigkeit versuchte er, die Entwicklung unserer Stadt Bad Schandau vorwärts zu bringen.

In diesem Sinne wird jederzeit seiner in Ehren gedacht werden.

Bad Schandau, am 21. Dezember 1927.

Der Stadtrat.

Heidrich, stellv. Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

Dr. med. Lange, Vorsteher.

Für eilige Leser.

* In den Karlsruher Dölgaswerken entstand am Dienstagmittag eine schwere Explosion. Das Dach der Gasanstalt wurde in die Luft geschleudert, sämtliche Wände wurden eingedrückt. Die Stichflammen erfassten den Dachstuhl und setzten ihn in Brand. Zahlreiche Löschzüge der Feuerwehr wurden alarmiert. Ein Angestellter der Gasanstalt ist lebensgefährlich verletzt worden. Die Schuldfrage steht noch nicht fest.

* Am Ausgang einer Pariser Untergrundbahnstation erschöpfte die Frau des Geschichtsprofessors Arnauld ihren Mann. Die beiden Eheleute lagen in Scheidung.

* Zwischen der Regierung in Mecklenburg-Strelitz und dem Landtag ist ein Konflikt entstanden, da der Landtag die Aufhebungsbekanntmachung der Regierung auf Grund der Staatsgerichtsscheidung über die Wahlbeschränkungen nicht anerkennt. — Auch in Mecklenburg-Schwerin wird von nationalsozialistischer Seite Einspruch gegen die Gültigkeit der Landtagswahlen erhoben.

* Ein Teil der russischen Opposition hat sich der Entscheidung der Regierungsmehrheit unterworfen. Die Unterwerfung ist vorläufig nicht angenommen worden.

* Nach Ansicht des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon hat Parter Gilbert mit seinem Vorschlag für Festsetzung des Gesamtbetrages der Reparationen durchaus richtig gehandelt.

Ein Notprogramm.

Immer und immer wieder haben die verschiedensten Wirtschaftsverbände in Deutschland, namentlich der Reichsverband der deutschen Industrie, die Forderung erhoben, daß die Kosten unserer öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden endlich einmal energig eingegrenzt würden. Der ständig wachsende Steuerdruck, bei dem die kostspielige Verwaltung die Hauptrolle spielt, verteuert zusehends die Kosten der wirtschaftlichen Produktion und mache sie im Kampf mit dem Ausland immer mehr wettbewerbsunfähig. Jetzt ist von neuem durch alle Spitzenverbände der Industrie, des Handels und des Handwerks eine solche Mahnung in die Öffentlichkeit gebracht worden; doch ergänzt man sie diesmal durch ganz bestimmte Reformvorschläge.

Die Kundgebung verweist darauf, wie gefährlich für unsere wirtschaftliche Entwicklung die Steuerüberlastung in Reich, Ländern und Gemeinden wirkt; Einzelreformen haben eine Ermäßigung der Gesamtbelastung nicht herbeigeführt, sondern der Steuerdruck ist fortgesetzt gestiegen. Das hat eine Steigerung der Erzeugungskosten herbeigeführt, die einfach eine Verteuierung der Lebenshaltung erzwingt. „In den letzten Monaten hat die Steigerung der Selbstkosten in der Produktion und der Warenverteilung einen Grad erreicht, der nach einem etwaigen Abflauen der Inlandskonjunktur zweifellos befürchten läßt, daß der dann um um so notwendiger Anschluß an den Weltmarkt gefährdet wird. Diese grundlegende Forderung, den auf der Er-

zeugung stehenden und je ungemein verteuernenden Steuerdruck zu mildern, um die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland nicht zu verlieren, ist eigentlich so selbstverständlich, daß sich ihr Erzeuger ebenso wie Verbraucher anschließen müssen. Aber diese programmatischen Voraussetzungen hinaus schlägt nun die deutsche Wirtschaft ganz bestimmte Maßnahmen vor, die den Charakter eines Notprogramms tragen.

Vielleicht hegt man dabei den Gedanken, die Vorschläge durchzuführen zu lassen mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes an die Reichsregierung, wie das Ende 1923 in der Stabilisierungskrise mit vielfach gutem Erfolge geschehen ist. Vor allem verlangt man, daß die Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden im kommenden Jahr sehr erheblich verringert werden, zum mindesten in der Höhe, wie der Reichshaushalt dies mit sechs Prozent vorsieht. Ein weiterer Vorschlag zielt darauf ab, dem Reichsfinanzminister ein entscheidendes Vetorecht einzuräumen gegen jede Erhöhung der Ausgaben, soweit diese im Etat von der Regierung vorgeschlagen sind, sowie gegen jeden Beschluß, der eine spätere Mehrausgabe über den Etat hinaus vorsieht; entsprechende Einrichtungen gelten für die obersten Finanzbehörden der Länder und der Gemeinden. Das ist ein Gedanke, der ebensovienig neu ist wie der dritte, daß Länder und Gemeinden mit sofortiger Wirkung verpflichtet sein sollen, dem Reichsfinanzminister oder seinem Beauftragten auf Anforderung hin jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage und ihre Verpflichtungen zu geben, besonders über den Stand der fundierten und der schwebenden Schulden. Aber man will das Recht des Reichsfinanzministers noch mehr erweitern: er soll den Ländern gegenüber befugt sein, dort Einspruch gegen die Vorlegung ihres Haushaltsplanes an den Landtag oder gegen den Vollzug eines gegenüber dem Voranschlag erhöhten Haushaltsplanes zu erheben, wenn durch diesen die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches verletzt werden. Wenn man noch den anderen Vorschlag hinzunimmt, nämlich den, die Befugnisse des Reichsfinanzministers so zu erweitern, daß tatsächlich eine Gewähr für die Durchführung der von ihm als notwendig erachteten Sparmaßnahmen gegeben ist, so führen diese Anregungen fast zu einer Diktatur des Reichsfinanzministers, zu einer Finanzkontrolle über Länder und Gemeinden, übrigens auch hinsichtlich ihrer Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen.

Unbestreitbar sind diese Vorschläge außerordentlich radikaler Natur, ihre Durchführung würde sogar eine starke Beschränkung der parlamentarischen Rechte bedeuten. Wenn in den ersten Januar Tagen die Konferenz der Ministerpräsidenten sich mit der gesamten Verwaltungsreform befaßt wird, so dürfte es unumgänglich notwendig sein, diese Anregungen, dieses Programm der deutschen Wirtschaft eingehend zu prüfen; doch nicht nur zu prüfen, sondern vor allem zu Entschlüssen zu kommen.

Die U-Boot-Mannschaft vor dem Erstickten

Die Sauerstoffzufuhr reicht nicht aus.

Die Hoffnung auf Rettung der noch am Leben befindlichen, in dem gesunkenen amerikanischen Unterseeboot „S. 4“ eingeschlossenen sechs Matrosen ist so gut wie aufgegeben worden. Die Versuche, die Eingeschlossenen zu erreichen, mußten abgebrochen werden, da starker Sturm und eisige Kälte alle Rettungsversuche lange Zeit fruchtlos machten. Die bisherigen Feststellungen der Taucher haben ziemlich einwandfrei ergeben, daß von der Befahrung nur noch die sechs im Torpedoraum eingeschlossenen am Leben sind. Aber auch sie haben, wie sie auf die Hammerstimme der Taucher antworteten, bereits sehr unter der sich schnell verschlechternden Luft

zu leiden und können kaum noch lange aushalten. Einem Taucher gelang es, Rufe der eingeschlossenen Seeleute abzuhören. Es war eine Bitte um schnelle Hilfe. „Sauerstoff, immer wieder „Sauerstoff“ lautete das Klopfzeichen. Die Kräfte der noch lebenden U-Boot-Zusassen scheinen rapide abzunehmen.

Keine Rettungsmöglichkeit für die eingeschlossenen Matrosen des amerikanischen Unterseebootes.

New York, 20. Dezember. Die Hoffnung auf Rettung der sechs Matrosen im Unterseeboot S 4 ist endgültig aufgegeben worden. Auf Signale von außen her wird nicht mehr geantwortet.

Um 12.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit war es nochmals gelungen, mit den Eingeschlossenen in Verbindung zu treten und diese Verbindung bis 14.30 Uhr aufrechtzuerhalten. Dann wurden die Zeichen schwächer.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten wurde zu Gebeten für die Überlebenden des gesunkenen Unterseebootes aufgefordert. Bei der Eröffnung des Kongresses wurden gleichfalls Gebete gesprochen. Die hochgehende See hat die Hilfsarbeiten behindert.

Beleid der deutschen Marine.

Berlin, 20. Dezember. Der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, hat anlässlich des Verlustes des amerikanischen Unterseebootes S 4 der amerikanischen Marine durch Vermittlung des hiesigen amerikanischen Marineattachés sein und der deutschen Marine Beileid ausgesprochen.

Ein bedeutendes Eingeständnis.

London, 20. Dezember. Hier kommentiert man sehr lebhaft die gestrige Äußerung des amerikanischen Deputierten Anton Griffin, der erklärte, daß weder Großbritannien, noch die Vereinigten Staaten in der Ausrüstung von Unterseebooten die nötige Erfahrung besäßen. Die Ausrüstung deutscher Unterseeboote sei nach Griffins Ansicht bereits während des Krieges wesentlich besser gewesen und die Vorrichtungen an Bord deutscher Unterseeboote hätten in einem ähnlichen Fall den Untergang verhindert.